

**Parkplatz Deutsche Rentenversicherung - Sachstand;
Antrag Stadtrat Dr. Thomas Keyßner, Fraktion B90/Die Grünen, Nr. 313 vom
20.01.2022**

Gremium:	Bausenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	6	Zuständigkeit:	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Sitzungsdatum:	29.06.2022	Stadt Landshut, den	15.06.2022
Sitzungsnummer:	37	Ersteller:	

Vormerkung:

Für das Grundstück Fl.Nr. 911, Gemarkung Landshut an der Podewilsstraße, welches als Parkplatz der Deutschen Rentenversicherung (DRV) genutzt wird, wurden vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Stadtplanung mehrere Bebauungsoptionen entwickelt und im Oktober 2019 der Geschäftsführung der DRV als Eigentümerin der Fläche von Seiten der Verwaltung vorgestellt. Die Geschäftsführung der DRV hat die Entwicklungsmöglichkeiten des Geländes grundsätzlich begrüßt. Als unbedingte Forderung der DRV stand der Erhalt aller 360 Stellplätze während der Bauphase und darüber hinaus im Raum.

Die Verwaltung wurde durch Beschluss des Bausenats vom 02.10.2020 beauftragt auf Basis des vorliegenden Konzeptes weitere Verhandlungen mit der Deutschen Rentenversicherung über eine adäquate Nutzung des innenstadtnahen Grundstücks zu führen. Im April 2021 schrieb Herr Oberbürgermeister Putz die DRV Landshut, mit der Bitte um weitere Gespräche, an. Diese kamen nicht zustande.

In bereits erfolgten Gesprächen vor Corona hat die DRV Landshut die Sicherstellung der ca. 360 Stellplätze während der Bauphase gefordert. Aufgrund des aktuellen Pandemiegeschehens hat sich das Arbeitsverhalten möglicherweise nachhaltig in Bezug auf die Präsenz der Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung vor Ort verändert. Der nicht an anderer Stelle zu generierende enorme Stellplatzbedarf könnte durch Homeoffice der DRV Mitarbeiter gegebenenfalls kein Hinderungsgrund für eine Vertiefung der Planungsüberlegungen mehr sein. Vor diesem Hintergrund sollen die Gespräche mit der Deutschen Rentenversicherung über eine adäquate Nutzung des innenstadtnahen Grundstücks wieder aufgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Referentin über den Sachstand wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit der Deutschen Rentenversicherung über eine adäquate Nutzung des innenstadtnahen Grundstücks zu führen.
3. Dem Antrag Nr. 313 ist mit der Beschlussfassung Rechnung getragen.

Anlagen: Antrag Nr. 313